

schickt verbanden die Agitatoren in der Diskussion die persönlichen mit den gesellschaftlichen Interessen. Das heißt, daß z. B. die Verdienst- und Qualifizierungsmöglichkeiten ebenso wie die große volkswirtschaftliche Bedeutung des Werkes gezeigt wurden. Eine Einwohnerversammlung und die Unterschriftenleistung durch den Werkleiter (jetzt also schaltete sich die Werkleitung aktiv ein) sowie durch den WBA-Vorsitzenden machten den Patenschaftsvertrag schließlich rechtskräftig.

### **Die beiderseitigen Verpflichtungen**

Damit verpflichtete sich der VEB Halbleiterwerk, die großen politischen und ökonomischen Aufgaben des Betriebes der Einwohnerschaft „seines Wohnbezirks“ zu erläutern und dafür Ingenieure, Techniker und Arbeiter zu entsenden. Was die Arbeitskräftegewinnung direkt betraf, so heißt es im Vertrag wörtlich:

„Um schon rechtzeitig die erforderliche Ausbildung der aus den Reihen der bisher nicht berufstätigen Frauen zu gewinnenden Arbeitskräfte für den Betrieb zu organisieren, wird durch den Betrieb die Möglichkeit geschaffen, noch nicht berufstätige Frauen an betrieblichen Kursen teilnehmen zu lassen. Die hierdurch ausgebildeten Frauen können dann bereits mit einigen grundsätzlichen Vorkenntnissen in den Betrieb aufgenommen werden.“

Der Wohnbezirk seinerseits will dem Betrieb im Rahmen des NAW helfen, um den Titel kämpfende Brigaden bei der Verwirklichung der Losung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ unterstützen und vor allem bemüht sein, Frauen für den VEB Halbleiterwerk als Arbeitskräfte zu gewinnen.

### **Wie herangegangen wurde**

Gemeinsam gingen Betrieb und Wohngebiet vor, um die Aufgaben zu lösen. Überall wird diskutiert, wird für den

Betrieb geworben. Der Schwerpunkt der Agitation war nach einer vorher erarbeiteten Analyse in die Häuser gelegt worden, wo viele nicht berufstätige Hausfrauen wohnen. Deren Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme war erstaunlich groß.

Es gab nur zwei erwähnenswerte Schwierigkeiten: einmal war festzustellen, daß einige Männer der angesprochenen Frauen zum Teil gegen eine Arbeitsaufnahme waren, zum anderen gab es einige Frauen — es waren sehr, sehr wenige —, die sich dahingehend äußerten, daß es schwerfällt, als Arbeiter in einen Betrieb zu gehen.

Wir, die Vertreter des Betriebes und Wohnbezirks, gingen diesen Schwierigkeiten so zu Leibe, daß wir Aussprachen im Beisein der Ehemänner führten, um deren evtl. Einwände in unserer Antwort sofort berücksichtigen zu können. Im zweiten Falle bemühten wir uns klarzumachen, daß doch erst die Arbeit unter unseren sozialistischen Produktionsverhältnissen und in unseren sozialistischen Betrieben die Gesellschaft und damit auch den einzelnen wohlhabend und reich mache. Von dieser Seite aus trugen wir die Bedeutung der Arbeit für die Entwicklung des Menschen und der Gesellschaft in die Köpfe.

Der erste Erfolg war dann auch, daß sich 16 Frauen zur Teilnahme an einem betrieblichen Ausbildungslehrgang als Voraussetzung einer späteren Arbeitsaufnahme verpflichteten.

### **Schlechte Überraschung**

Als es dann allerdings losgehen sollte, da erschien nur etwa die Hälfte der angemeldeten Frauen. Wie war das möglich? Die Funktionäre aus der BPO, der Wohnbezirksparteiorganisation und dem WBA suchten nach den Ursachen und fanden sie auch. Es war versäumt worden, die begonnene politische Überzeugungsarbeit nach der Verpflichtung der Frauen weiter fortzusetzen. Zwischen den Aussprachen mit ihnen und den Kur-